

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 97 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen die sechsgepaaltene Kleinzelle 75 Mark
Anzeigen- und Verbandselder sind an Otto Sehm, Berlin D 27,
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Erlöser (Gedicht). — Hunger-Weihnachten. — Außenpolitische Umschau. — Aus der Praxis des Betriebsratgesetzes. — Fabrikanten gegen Erhöhung der Produktion. — Ueber die Arbeitsleistungen in der Textilindustrie. — Außenhandelskontrolle und Unternehmerterror. — So sehen sie aus! — Die Jugendbewegung. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Rot (Gedicht). — Berichte aus Fachkreisen. — An die Beitragsparer (Gedicht). — Literatur. — Briefkasten. — Der Posttarif ab 15. Dezember 1922. — Bekanntmachungen. — Neue Beitragsmarken.

Erlöser.

Schrei der Seelen lodert zum Himmel auf,
Ächzende Lippen rufen in endlose Fernen,
Blutende Herzen flehen empor zu den Sternen —
Und die Jahre wandern in fühllosem Lauf.

Kerzen Strahlen von silberglimmernden Bäumen,
Märchen umglänzen der Tage zerplantes Kleid,
Sonnige Gärten erblühen in seligen Träumen —
Schlummernd wartet die Wüste der Wirklichkeit.

Deine Sinne schaukeln in goldenen Nischen
Zu den leuchtenden Ufern urewiger Luft,
Lieder füllen die fröhlich atmende Brust —
Graue Sorge umflütert dein kaltes Erwachen.

Nimmer wird die Erlösung im Traume dir reifen,
Unter den Schleiern leufzet dein Weh und dein Ach,
Was deinen Sehnsuchtsaugen, lebendig und wach,
Welenlos fließt, wirst du niemals, niemals ergreifen.

Schüre die Flamme der Tat am eigenen Herde,
Pflüge der Arbeit wunderkräftiges Land.
All dein Leid, es wurzelt in dieser Erde,
Alle Kraft verbirgt sich in deiner Hand.

Willst du der Zeit die hellen Gewänder spinnen,
Bruder und Schwester, ringe zu Boden die Pein.
Alle Erlösung, ihr müßt sie im Kampfe gewinnen:
Retter euch selber, Schöpfer und Heiland sein.

Ernst Preczang.

Hunger-Weihnachten.

Nicht Freude und Wohlgefallen, wie es der Menschheit immer wieder verkündet wurde, wird die Gemüter und die Herzen der Menschen zu dem diesjährigen Weihnachtsfest, im Geiste der biblischen Heilsbotschaft bewegen können; laute Klagen und Schmerzensschreie einer von Not, Elend und schweren Sorgen gepeinigten Menschheit werden die Glocken der Kirchen, die das Fest anzeigen und zur christlichen Andacht einladen, stark überdönen. Nicht die salbungsvollen Worte der Priester, die die Heilsbotschaft aufs neue verkünden, nicht der Glanz in den Palästen der oberen Zehntausend werden imstande sein, dieses Massenelend zu verdecken und die Klagen einer gequälten Menschheit auch nur auf Stunden und Minuten verstummen zu lassen. Noch zu keiner Zeit dürfte die rauhe Wirklichkeit das geistige Leben so stark beeinflusst haben wie die Gegenwart. Nicht weil die Massen dem Materialismus nachhängen und dadurch für das geistige Leben weniger empfänglich sind, sondern deshalb, weil die düsteren Bogen der Not ihre Existenz allzu stark bedrohen und ihre Gedanken weit abwärts von jenem geistigen Leben führen, aus dem die Lehren der Heilsbotschaft fließen.

Die rauhe Wirklichkeit ist eben ganz anders als sie der Menschheit durch die Heilsbotschaft seit 2000 Jahren verkündet wurde.

Die gräßliche Not zerstört fortgesetzt aufs neue die Wohlfahrt der Völker, Glück, Liebe und Frieden von Millionen. Der nackte Egoismus, die unerfüllliche Habgier feiert in der Gegenwart Triumphe auf einer dem Untergang preisgegebenen Menschheit. Immer höher steigt die Flut des Elends und die Opfer, die sie verschlingt, werden von Tag zu Tag größer. Brutal und rücksichtslos schreitet der Kapitalismus über diese Opfer hinweg. Die Not der breiten Volksmassen zeigt den Grad an für die Bereicherung auf der anderen Seite.

Die Unsicherheit der Existenz wird durch das schleichende Gespenst der zunehmenden Arbeitslosigkeit immer mehr erhöht. Die Teuerung wächst von Tag zu Tag. Die Sorge um die Beschaffung des täglichen Brotes wird mit jedem Tage größer. Durch die zunehmende Teuerung ist die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf ein Minimum herabgedrückt worden. Die Arbeiterschaft kämpft einen scharfen Kampf um das nackte Leben.

Die Löhne haben nicht im Entferntesten mit der Teuerung Schritt gehalten. Nach dem Reichsindex ist die Teuerung auf das 1664fache gestiegen, die Löhne der Arbeiterschaft aber nur um das 575- bis 600fache. Aus dieser Tatsachengegenüberstellung erkennt man, ohne weitere Worte zu machen, die Abgründe des menschlichen Elends.

Die noch Arbeit haben, können sich noch glücklich preisen gegenüber den Arbeitslosen, den Invaliden, den Altersrentnern und den Kranken.

Hier nur ein Beispiel von vielen: Eine invalide Näherin ist nicht imstande, von ihrer Unterstützung Brot zu kaufen. Sie gibt deshalb ihre Brotkarten an eine ihr bekannte Familie und erhält dafür von dieser wöchentlich dreimal Mittagessen. Von Brotabfällen, die sie aus Speiseresten herausucht, die sie für ein ihr gehöriges Kaninchen zusammenträgt, stillt sie ihren Hunger. Kohlen hat die Wermite seit langem nicht mehr kaufen können. In einem kalten feuchten Zimmer verbringt sie unter dem Druck eines unfüglichen Glends ihre Tage.

Wieviel Tausenden von Kindern fehlt es an genügender Bekleidung, fehlt es an allem, was ein Kulturvolk der aufwachsenden Generation zu geben verpflichtet ist. Hier nur eine kurze Statistik. In Thüringen schlafen von 13 899 Schulkindern 62 in keinem Bett, einzelne in Hängematten und auf Sophas. 2747 schlafen zu zweien, 1136 zu dreien in einem Bett. In 355 Fällen schlafen die Kinder zu fünf in einem Zimmer, in 323 zu sechs, in 47 zu sieben, in 17 zu acht, in 3 zu neun und in einem Fall zu zehn Personen. In Gotha schliefen die Kinder einer erwerbslosen Familie in einer Margarinestie. „... und sie legten ihn in eine Krippe, denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge.“ So muß man unwillkürlich hinzusehen.

Vor wenigen Tagen wurde der Preis des Brotes um das 4fache erhöht. Die unerfüllliche Habgier der Agrarier verlangt aber eine weitere Erhöhung des Brotpreises um das 2½ bis 3fache. Der Ausschuss zur Begutachtung für das Umlagegetreide hat dem zugestimmt. Trotz dieser ungeheuren Not der breiten Volksmassen verteuert man ihnen fortgesetzt das wichtigste Nahrungsmittel.

Wie soll da Feierstimmung aufkommen bei den Enterbten, wie kann eine solch düstere Zeit den Glauben an die frohe Heilsbotschaft: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, heben? Wer will denen, die so fürchterlich Not leiden, von neuem sagen: „Freut Euch! Denn Euch ist heute der Heiland geboren!“

Denen, die unter diesem wirtschaftlichen Druck so schwer leiden, wird kein Heiland geboren. Es sei denn, sie helfen sich selbst, indem sie sich auf ihre Selbsthilfe besinnen. Erst dann werden sie mit teilnehmen können an frohen Festen.

Während in den Palästen Feierstimmung herrscht und gegenseitig kostbare Geschenke gereicht werden, wissen Tausende und aber Tausende nicht, wo sie das tägliche Brot hernehmen und ihr müdes Haupt zur Ruhe legen sollen.

Die Zeit ist erfüllt von Kontrasten.

Wir haben deshalb keine Zeit zu feiern.

Wir müssen den Kampf fördern, den Kampf zur Befreiung dieser Armen und Vermissten aus diesem unsagbaren Elend! Wer es ernst meint mit der Menschheit, der helfe mit in den Gewerkschaften, der helfe mit dort, wo man bestrebt ist, eine neue Gesellschaftsform zu schaffen. Nur durch den Sozialismus wird es möglich sein, diese Kontraste in der menschlichen Gesellschaft zu beseitigen und an Stelle der Unterdrückung und der Erniedrigung ein freies Geschlecht erstehen zu lassen, das tatsächlich zu seiner Zeit, nach seiner Arbeit, freie und frohe Feste feiern kann.

Außenpolitische Umschau.

Wenn der frühere italienische Ministerpräsident Ritti in seinem bedeutsamen Buch „Das friedlose Europa“ feststellt, daß das deutsche Volk politisch ungebildet sei, so wiederholt er nur, was viele andere schon vor ihm ausgesprochen haben; gewiß ist, daß diese Behauptung bisher noch nichts von ihrer inneren Wahrheit verlor, trotzdem sie bereits unzähligmal aufgestellt worden ist. Ritti wundert sich, wie ein Volk die Herrschaft des geistesranken Wilhelm II. gutwillig und zustimmend ertragen konnte. Wie sehr wird aber erst Rittis Erbsenen anwachsen, wenn er aus des Feldmarschalls Waldsee Denkwürdigkeiten erfährt, daß lange vor ihm sogar diesem kaiserlichen Freund und Günstling die unpolitische Geduld und Langmut des deutschen Volkes unbegreiflich erschienen war. Die Zustimmung, die heute wieder nationallistische Ueberpanntheit findet, zeigt, daß trotz aller üblen Erfahrungen große Teile des deutschen Volkes nach wie vor zu jeder politischen Dummheit zu haben sind.

Politisch sein heißt: zuerst vorhandene Machtverhältnisse richtig zu beurteilen und sich in gegebene Sachlagen verständnisvoll einzufügen, alsdann aber auf der Grundlage dieser Gegebenheiten instinktiver das Mögliche anzustreben und das Beste aus den Umständen herauszuholen. Die Franzosen sind zweifellos ein Volk, das sich auf nationale Ehre und Würde versteht; nach ihrer Niederlage haben sie jedoch zwischen 1871 und 1873 alle Anstrengungen gemacht, um ihre Kriegsschädigung abzutragen und Bismarck zufriedenzustellen. Die Franzosen trieben Politik; was hingegen unsere Nationalisten im Verein mit der deutschen Industrie gegenwärtig ins Werk setzen, ist nicht Politik, sondern heller, vererblicher Wahnsinn. Ist es nötig, hier an den Fall Bayern zu erinnern? Mit Billigung der bayerischen Regierung werden seit langem die kriegerischen Blutinfantile des nationallistischen Pöbels aufgestachelt; in Passau und Ingolstadt schreitet dieser aufgebehte und nationallistische Pöbel zu schweren Angriffen auf Ententeoffiziere; die Botschafterkonferenz beantwortet diese bayerischen Rohheiten mit einer scharfen, demütigenden Note, in der gleichzeitig die Forderung auf Bezahlung einer Million Goldmark als Sühnegeld enthalten ist. Die „Staatspersönlichkeit“ Bayern flüchtet nun hilflos zu dem vielgeschmähten Berlin; das Reich soll den Schaden gutmachen, den Bayern angerichtet hat. Die bayerischen nationallistischen Felden sind nicht des Opferstins fähig, das Geld hinzugeben; sie verstehen sich nur darauf, nationallistische Parolen zu verschleudern. Das Reich ist großmütig, es bezahlt. Mit deutschen Arbeitergroßmännern müssen die Sünden der bayerischen Hitlerbanden abgebußt werden. Und das alles geschah zu einer Zeit, in der Konferenzen in Aussicht standen, die für das deutsche Schicksal von entscheidender Bedeutung sein müssen.

Freilich, nicht bloß Bayern erschwert Deutschlands internationale Stellung unsagbar. Die deutsche Industrie verhält sich auf die gleiche unheilvolle „Kunst“. Man entfinnt sich noch der seltsamen Zwiesgespräche, die deutsche Industrielle während der Anwesenheit der Reparationskommission mit Herrn Barthou gepflogen haben. Dabei äußerten sich die deutschen Industriellen mit Geringachtung über Dr. Birih und stellten große Taten in Aussicht, wenn Männer ihres Vertrauens ans Ruder kommen würden. Wirklich wurde dann Dr. Birih gestürzt; Cuno kam. Das Ausland wartete darauf, daß die Versprechungen erfüllt würden. Cuno sandte Vorschläge nach London, die vielleicht nicht völlig hinreichend waren, die aber immerhin als eine Bekundung des guten Willens Deutschlands gedeutet werden und Deutschlands Lage bessern konnten. Was aber trat ein? Die Industrie fiel der Reichsregierung in den Rücken. Durch eine sensationell aufgemachte Erklärung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gab Stinnes bekannt, daß die deutsche Industrie die Vorschläge Cunos nicht unterstützen werde. Alle Welt sah wieder: die deutsche Regierung ist schwach; sie wird nicht der profitlustigen, reaktionären Unternehmerschaft Herr. Cunos Autorität ist vernichtet; niemand glaubt mehr an die verbindliche Kraft seiner Unterschrift.

Mit diesem „Dolchstoß von hinten“ — der durch nachträgliche Erklärungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie nur verschleiert, nicht aber weggelugnet werden kann — hat die deutsche Industrie wiederum Poincaré in die Hände gearbeitet. Wenn die Unterschrift der deutschen Regierung nicht als vertrauenswürdig gilt, dann wächet die Reiguag, deutsche „Pänder“ zu nehmen, um sicher zu sein, daß die deutschen Verbindlichkeiten erfüllt werden. Der Vorstoß der deutschen Industrie gegen die Reichsregierung hat dem Auslande neue Vorwände und brauchbare Beweisgründe geschenkt, mittels deren sich die Politik der „Faustpfänder“ rechtfertigen läßt. Für solchen Landesverrat in größten Ausmaßen findet sich allerdings kein Staatsanwalt; nur die kleinen Fischenbacher wandern ins Zuchthaus.

Wenn die Konferenz in London unter solchen Umständen abgebrochen wurde, ohne daß eine Verständigung zwischen Bonar Law und Poincaré auf Deutschlands Kosten zustande gekommen war, so liegt die Ursache darin, daß Poincaré den Bogen überpannt hatte. Hätte er sich darauf beschränkt, seine Pfänderpolitik mit dem erwiesenen schlechten Willen der deutschen Industrie und der offenkundigen Schwäche der deutschen Regierung zu begründen und hätte er sich nicht grob und unelastisch auf die Ruhrbesetzung verstoßt, dann hätte er zweifellos weitgehende englische Zugeständnisse erreicht. Wie mißtrauisch Bonar Law der deutschen Industrie gegenübersteht, beweist eine seiner jüngsten Reden, in der er ausführte: „Die deutsche Großindustrie hat enorme Vermögen durch die Inflation zusammengerafft. Sie hat diese Vermögen im Auslande untergebracht und keine Steuern dafür bezahlt.“ Es ist nicht ausgeschlossen, daß uns eines Tages Zumutungen gemacht werden von der Art, wie Oesterreich sie bereits angenommen hat. Oesterreich hat sich unter die Vormundschaft der Entente begeben; sein Parlament hat sich in Finanzfragen auf die Dauer von zwei Jahren selbst ausgeschaltet; es hat geradezu auf seine Souveränität verzichtet geleistet. Die bürgerlichen Parteien Oesterreichs arbeiteten zielbewußt auf diese Selbstentmündigung hin; es hat den Anschein, daß sie dies taten, um mit Hilfe des Auslands der mächtigen Arbeitererschaft Herr zu werden. Und gerade dies Vorbild Oesterreichs erweckt den Verdacht: ob schließlich nicht die deutsche Industrie tiefschneidende Eingriffe des Auslands in deutsche Verhältnisse herausfordern will, um durch das Ausland auch die Macht der deutschen Arbeiterschaft brechen zu lassen. Schon längst wünscht Stinnes Frankreichs Hilfe gegen seine Arbeiter im Ruhrgebiet; die deutsche Industrie wäre schließlich über die Ruhrbesetzung nicht sehr unglücklich gewesen.

Der englische Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung beruht nicht auf freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland, sondern auf der Besorgnis Englands, die europäische Machtstellung Frankreichs könnte zu stark werden. Herr Poincaré fand den schlechtesten Empfang bei seiner Rückkehr nach Paris nicht deshalb, weil er die Ruhrbesetzung verlangt hatte, sondern aus dem Grunde, weil er durch seine ungeschickte Politik jene englischen Besorgnisse zu allzu großer Lebhaftigkeit angezündet hatte. Es ist immer unklug, in gemeinsamen politischen Geschäften durch Hemmungslosigkeit der Methoden und Ueberpannung der Ansprüche den eigenen Bundesgenossen dahin zu bringen, daß er anfängt, für seinen eigenen Vorteil zu fürchten. Die scharf geschriebenen Aufsätze, die Lloyd George in den Tagen der Londoner Konferenz gegen Poincaré veröffentlichte, lassen erkennen, wie groß Englands Sorge ist, durch Frankreich benachteiligt zu werden.

Dieses englische Mißtrauen ist um so größer, als England der Meinung ist, im Orient durch die griechische Niederlage in Kleinasien Frankreich gegenüber ins Hintertreffen geraten zu sein. Auf der Konferenz in Lausanne kämpft Lord Curzon für das Ziel, das Verlorene wiederzugewinnen. Dabei konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf die Frage: wer wird der Herr der Meerengen sein. Sind die Meerengen, durch die Europa von Asien getrennt ist, unbefestigt und dürfen sie durch Kriegsschiffe besahen werden, dann sind sie tatsächlich in der Hand der stärksten Seemacht, und das ist England.

Bei diesem Ringen um das Schicksal der Meerengen taucht plötzlich der alte große Gegensatz zwischen russischer und englischer Weltpolitik wieder auf. Tschitscherin versucht, England von den Meerengen fernzuhalten; die südliche Schwarzmeerflüße Russlands ist bedroht, sobald englischen Kriegsschiffen die Meerengen offenstehen. Da England bei diesem Auseinandergehen Frankreichs Unterstützung bedarf, besteht natürlich stets die Gefahr, daß der Preis, womit England bezahlt, deutsche Interessen sind; England will nur nicht zu teuer bezahlen.

Russlands politisches Auftreten in Lausanne ist ein Symptom für das zunehmende Wachstum seiner Macht, die sich immer unwiderstehlicher Anerkennung und Beachtung zu verschaffen weiß. Soweit sich Russland durch die Randstaaten beunruhigt fühlt, sucht es auch diese lästige Sorge los zu werden. Erst jüngst veranstaltete es in Moskau eine Abrüstungskonferenz; neben Finnland, Litauen, Lettland, Estland beteiligte sich hier auch das von heftigen nationallistischen Erschütterungen heimgesuchte Polen. Russland erbot sich, seine Armee auf den Bestand von 200 000 Mann herabzusetzen. Allerdings erlebte diese Konferenz das Schicksal, das auch die Londoner Konferenz hatte: sie endete ohne Ergebnis. Indes wurden doch manche Fäden angeknüpft, außerdem fällt diese Konferenz wohl unter die Reihe der Versuche, die Randstaaten wieder in ein festes Verhältnis zu Russland zu bringen.

Nur kurze Zeit nach Abschluß dieser Abrüstungskonferenz tagte der Haager Friedenskongreß der Gewerkschaften

200 Mark Verbandsbeitrag sind bei der heutigen Geldentwertung nur 40 Pfennig. Vor dem Kriege wurden schon 60 Pfennig Beitrag bezahlt.

Da hinter dem Haager Friedensbekenntnis der starke Wille fast der gesamten europäischen Arbeiterschaft steht, ist diese Friedensstunde weit mehr als eine bloße Redensart und eine schöne Rede. Auch der kriegsfreudigste europäische Staatsmann kann an den Friedenswünschen der Gewerkschaften nicht achtlos vorbeigehen. Und da gleichzeitig der Zusammenschluß der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft auch die internationale politische Einheitsfront der Arbeiterschaft wieder herstellen wird, ist nicht nur ein mächtiges Bollwerk gegen Kriegsgelüste, sondern auch gegen das weitere Vordringen der internationalen Reaktion, die in Italien durch Mussolini sich sogar die Staatsmacht erobert hat, geschaffen.

in den anderen Berichten fast völlig fehlen. Sie betrafen sich z. B. in dem Werk mit 15364 Arbeitern auf 850 000 Mk. im Berichtsjahre (1921), in einem Betrieb mit 880 Arbeitern auf 22 500 Mk., in der oben genannten Filmfabrik: für Gehälter und Löhne der arbeitsfreien Betriebsratsmitglieder 75 392 Mk., für Reisekosten 9205 Mk., für Bureauräum (Miete, Ausstattung und Amortisation) 2853 Mk., für Porto 150 Mk., Gesamtbetrag 87 600 Mk. Der Kölner Bericht hebt hervor, daß die Kosten der Betriebsvertretungen meist nicht hoch seien, daß aber die Entschädigung für Bohnausfall oft eine erhebliche Höhe erreiche; so rechnete ein Großbetrieb mit 21 Betriebsratsmitgliedern mit 50 000 zu entschädigenden Arbeitsstunden im Jahre.

An erster Stelle muß aber die Bildungsarbeit der Betriebsräte in produktionstechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht energisch und umfassend betrieben werden. Das ist der Angelpunkt für eine positive Wirksamkeit der Betriebsräte. Es geht nicht an, daß die Betriebsräte bei Vorlegung verlangter Auskünfte und Nachweisungen durch den Unternehmer ganz auf dessen Erläuterungen angewiesen sind, weil ihnen selbst die Voraussetzungen für eine sach- und sachgemäße Beurteilung fehlen. Diese Voraussetzungen müssen geschaffen werden. Das ist die Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Betriebsratschulen. Sind die Betriebsräte erst einmal mit dem geistigen und praktischen Rüstzeug des Wirtschaftslebens völlig gewappnet, dann wird es leichter sein, die Unternehmerfestungen einzunehmen. Leo Liebschütz.

Tropfen - Meer.

Tropfen sich sammeln zu Bächen,
Bäche zu Flüssen,
Sie werden zum Strom,
Ströme zum Meer
Mit seiner Kraft,
Mit seiner Macht,
Ohne zur Vielheit die Tropfen geballt,
Gäß' es kein Meer
In seiner Gestalt,
Mit seiner Gewalt.
Drum Tropfen zum Meere woll'n schnellen
Mit seinen massigen Wellen.

Menschen - Wehr.

Menschen sich sammeln zu Gruppen,
Gruppen zu Mengen,
Sie werden zur Masse,
Masse zur Wehr
Mit ihrer Kraft,
Mit ihrer Macht,
Ohne zur Vielheit die Menschen geballt,
Gäß' es nicht Massen
In ihrer Gestalt,
Mit ihrer Gewalt.
Drum Menschen zu Massen soll'n schwellen
Mit ihren mächtigen Wellen.

Aus der Praxis des Betriebsrätegesetzes.

Bisher liegen noch verhältnismäßig wenig gesammelte Erfahrungen über die praktische Wirkung des Betriebsrätegesetzes vor. Die Betriebsräte haben sich erst allmählich in ihre Aufgaben ein, umgrenzen ihr Betätigungsfeld, stellen ihre Zuständigkeiten fest. Das alles geht nicht ohne Konflikte ab, mit den Unternehmern sowohl als mit den Gewerkschaften und den Arbeitern im Betriebe selbst. Das alles braucht auch Zeit. Ganz besonders gilt dies für ein Gesetz wie das Betriebsrätegesetz, das trotz seiner offensichtlichen Mängel völlig neue Prinzipien im Arbeits- und Betriebsverhältnis zu verwirklichen strebt. Es hat daher auch wenig Zweck, heute schon an Hand vorliegender Untersuchungen über die Wirksamkeit der Betriebsräte, über den Wert oder den Unwert des Betriebsrätegesetzes, über seinen heilsamen oder verderblichen Einfluß auf das Wirtschaftsleben feste Urteile zu formen. Dafür sind die Dinge noch zu neu und durchaus im Fluss.

Mit diesen Vorbehalten muß man auch an die in den Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für 1921 enthaltenen Urteile über die Durchführung des Betriebsrätegesetzes herangehen. Es steckt in diesen Berichten zweifellos eine Menge wertvoller Beobachtungen und materieller Angaben, die recht anschauliches Material liefern. Häufig ist aber auch die Beurteilung allzu summarisch und einseitig absparend für die Arbeiterschaft. Aber die Berichte enthalten auch ernste Winke für die Arbeiter, und zwar nach verschiedenen Richtungen hin. Das soll die nachfolgende kurze Uebersicht ergeben.

Einen Gradmesser für das Interesse, das die Arbeiter dem Betriebsrätegesetz entgegenbringen, bilden in erster Linie die Wahlen. Und hier ist die Tatsache zu verzeichnen, daß in mehreren Fällen direkt von einer Wahlmüdigkeit, ja von einer zunehmenden Gleichgültigkeit dem Betriebsrätegesetz gegenüber gesprochen wird. Mag dies in einigen Gegenden Ostdeutschlands mit der spärlicheren Industrialisierung, der mehr ländlichen Umwelt zusammenhängen, so spielen im westdeutschen Industriegebiet offenbar politische Einflüsse mit. Die Agitation der Unionisten und Syndikalist, die auf eine Sabotierung des Betriebsrätegesetzes hinausläuft, da es nicht weit genug geht, hat teilweise Früchte getragen. So konnte in mehreren Betrieben des Regierungsbezirks Düsseldorf überhaupt keine Wahl stattfinden, da sich kein Mitglied der Belegschaft für die Wahl einsetzte. Im Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie in Remscheid sind allein etwa 100 Mitgliedsformen vorhanden, bei denen aus dem einen oder dem anderen Grunde Betriebsvertretungen nicht mehr bestanden. Besonders von den Angestellten wird Wahlmüdigkeit berichtet. Viele Wahlen unterblieben auch aus dem Grunde, weil sich die bisherigen Betriebsratsmitglieder nicht mehr zur Wahl stellten und neue Kandidaten sich nicht fanden. Die Ablehnung zur weiteren Uebernahme des Betriebsratspostens wurde vielfach damit begründet, daß man sich nicht den Unbilligkeiten mit den Kollegen aussetzen wolle. In Betrieben mit weniger als 20 Mann geht öfter der Betriebsratsobmann, da die Arbeiter es vorziehen, selbst mit dem Unternehmer zu verfahren. Auch sind viele Unternehmer bestrebt, ihren Betrieb nicht über 20 Arbeiter und Angestellte zu erhöhen, um der Bildung eines Betriebsrats zu entgehen.

In der Mehrzahl der Fälle hat sich aber wohl die Wahl glatt und reibungslos vollzogen. Immerhin ist die Tatsache, daß in so vielen Fällen die Wahl aus sachlichen oder persönlichen Gründen unterblieb, sehr bedenklich. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiterschaft dem Gesetz, das viele Mängel hat und durchaus nicht den Erwartungen entspricht, die man ihm entgegenbrachte und die durch manche offizielle Kundgebung genährt wurden, passiv gegenüberstehen wollte. Das Gegenteil ist vonnöten. Das Betriebsrätegesetz muß restlos ausgenützt werden. Der Rechtsboden der Betriebsräte muß ständig zu erweitern und zu vertiefen getrachtet werden. Nur so sind die Voraussetzungen für eine spätere Revision des Betriebsrätegesetzes zu schaffen, die den Wünschen und dem Streben der Arbeiter mehr entspricht.

Die Geschäftsführung der Betriebsräte führt noch andauernd zu Streitigkeiten, die durch das Eingreifen der Gewerbeverbände und der Schlichtungsausschüsse notdürftig beigelegt werden. Es handelt sich da besonders um die Freistellung eines oder mehrerer Mitglieder des Betriebsrats von der Arbeit, um Einrichtung von Sprechstunden während der Arbeitszeit, um Ueberlassung von Material und Räumlichkeiten zur Erledigung der Geschäfte. In größeren Betrieben ist der Vorsitzende meist von der Arbeit befreit. In Berlin wurden in größeren Betrieben mehrfach fünf Freigestellte angetroffen. Aus dem Regierungsbezirk Merseburg wird gemeldet, daß im größten Werk des Bezirks (mit 15364 Arbeitern) 4 Arbeiter und 2 Angestellte, in einer Farbenfabrik (mit 4107 Arbeitern) 4 Arbeiter und 1 technischer Angestellter, in einer Filmfabrik (mit 3117 Arbeitern) 3 Arbeiter und 1 kaufmännischer Angestellter von der Arbeit befreit waren. In kleineren Betrieben beschränkt sich die Befreiung einzelner Mitglieder des Betriebsrats auf einige Stunden in der Woche. Der Bericht aus dem Regierungsbezirk Merseburg macht auch über die sachlichen und persönlichen Kosten der Betriebsräte Angaben, die

Die wichtigste Bestimmung des BRG., der bekannte § 66, der die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Betriebsführung und der Hebung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe regelt, allerdings in ganz unzulänglicher Weise, unterlegt geteilter Beurteilung. Im allgemeinen überwiegen die Meinungen, die dahin gehen, daß die Betriebsräte in der Richtung des § 66 es noch an jeder selbständigen produktionsfördernden Tätigkeit haben fehlen lassen. Zum Teil wird auf die mangelnde technische und wirtschaftliche Schulung der Betriebsräte als Ursache für dies magere Ergebnis verwiesen, zum Teil werden die Arbeiter in den Betrieben dafür verantwortlich gemacht, die den Betriebsräten die Wahrnehmung der ihnen nach § 66 obliegenden Verpflichtungen erschweren. Das Haupttätigkeitsfeld der Betriebsräte erstreckte sich auf die Ueberwachung und Durchführung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbestimmungen und auf die Erledigung der innenbetrieblichen Angelegenheiten. Ehe wir selbst zu den Urteilen über die Bestätigung der Betriebsräte kurz Stellung nehmen, seien einige Auslassungen aus wichtigen Industriebezirken über das BRG. und die Betriebsräte im allgemeinen wörtlich wiedergegeben:

Im Kölner Bericht heißt es: „Wenn die Betriebsräte auch bisher selten merkliche Erfolge im Sinne des § 66 für sich buchen konnten, teils weil sie ihre Hauptaufgabe noch immer überwiegend in der Erringung von Geldvorkäufen für die Arbeiterschaft suchten und oft das Hauptgewicht auf unfruchtbarer Kontrolle der Lohnlisten und Lohnzetteln legen, teils weil sie von der Arbeiterschaft mit kleinlichen Beschwerden überhäuft werden, so muß doch anerkannt werden, daß das Zusammenarbeiten von Betriebsleitungen und Betriebsräten dank dem wachsenden Verständnis auf beiden Seiten sich wesentlich günstiger gestaltet hat.“

Der Düsseldorfer Bericht sagt abschließend: „Alles in allem genommen kann aber das Urteil über die Betriebsvertretungen nicht besser zusammengefaßt werden als in der Feststellung, daß auch die überwiegende Mehrzahl der Arbeitgeber willig anerkennt, daß die Betriebsräte sich mit bestem Willen ihrer schweren Aufgabe unterzogen haben und daß sich immer mehr die Ansicht Bahn bricht, daß die Betriebsräte überall dort, wo ihnen durch verständnisvolle und rücksichtsvolle Führung der Verhandlungen ihre Aufgaben erleichtert und in ihnen gleichzeitig das Gefühl gestärkt worden ist, daß man sie als Vertreter der Arbeiterschaft beachtet und achtet, zur Förderung des sozialen Friedens geeignet sind und sich auch bewährt haben.“

Der Berliner Bericht meint, daß anscheinend die günstigen Wirkungen des BRG. überwiegen, die sich noch ausgeprägter zeigen würden, wenn es gelänge, gegenseitiges Mißtrauen zu bannen, wenn sich die Gesetzestimmungen vertiefe und wenn sich für die Auslegung des Gesetzes feste Normen gebildet haben würden.

Zu diesen Feststellungen ist zu sagen: Die in den Berichten gerügte mangelnde Wirksamkeit der Betriebsräte im Sinne des § 66 BRG. ist die selbstverständliche Folge der gänzlich unfruchtbar gefaßten dieses Paragraphen. Während es dem Sinne der Betriebsrätebewegung entspricht, durch mitverantwortliche Leitung und Bestimmung in den Fragen der Betriebsleitung, der Produktions- und Preisbestimmung die Alleinherrschaft des Unternehmers zu brechen und zur Gemeinwirtschaft hinzustreben, gestattet das Gesetz den Betriebsräten lediglich, die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen usw. Die einfache Materie aber ist etwas ganz Unverbindliches, das der Unternehmer verwerten kann oder nicht. Da die Praxis aber immer wieder zeigt, daß die Unternehmer nur mit Widerwillen den Betriebsräten die gesetzlichen Rechte einräumen, so ist ganz klar, daß sie den Betriebsräten erst recht keinen Spielraum lassen, wo es an klaren, bindenden Verpflichtungen fehlt. Es ist deshalb auch gar nicht einzusehen, wie es zu einer einschneidenden Wirksamkeit der Betriebsräte in den oben genannten Fragen kommen soll, solange die dahingehenden Bestimmungen des BRG. nicht abgeändert werden. Auf diese Ueänderung, auf die stete Erweiterung der ihnen zustehenden Rechte muß daher die Tätigkeit der Betriebsräte vor allem eingestellt sein. Dazu ist die eingehende sachliche und fachliche Schulung der Betriebsräte in allen Fragen, die mit der industriellen Produktion zusammenhängen, notwendig. Ebenso notwendig ist die völlige Vertraulichkeit mit den Bestimmungen des BRG., die es ermöglicht, alle bestehenden Rechte auch voll auszunutzen und den juristischen Spitzfindigkeiten der von den Unternehmern eigens bestellten Sündigg und dergleichen entgegenzutreten zu können.

Die Mitwirkung der Betriebsvertretungen bei der Verhütung von Unfallgefahren und beim Gesundheitsschutz wird ebenfalls als noch sehr mangelhaft bezeichnet. Doch wird sie für den Gesundheitsschutz im allgemeinen als reger angegeben. Einzelne berichtende Beamte hoben auch hier den Mangel an technischer Kenntnissen bei den Betriebsräten hervor, die bei der Unfallverhütung maßgebend sind. Es ist also zu erwarten, daß auch hierbei mit der Zeit sich die Wirksamkeit der Betriebsräte intensivier gestaltet.

Die Berichte der Bergbehörden schließen sich in ihren Urteilen über die Betriebsvertretungen im wesentlichen den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten an, ohne zu besonderen Ergebnissen zu gelangen.

Zusammenfassend läßt sich über die in den Berichten enthaltenen Angaben über die Tätigkeit der Betriebsräte im Jahre 1921 sagen: Der erste Sturm ist vorüber und mehr Ruhe in den Betrieben und im Verhältnis zum Unternehmer eingetreten. Langsam dringen die Betriebsräte in ihre Arbeit ein, wobei ihnen der Mangel technischer und wirtschaftlicher Kenntnisse, sowie die Not der Zeit mit ihrem Ueberwiegen der reinen Lohnverhältnisse noch im Wege stehen. Die Unternehmer sind peinlich bemüht, keinen Fuß breit von der Rechts- und Arbeitsgrenze zu weichen, die durch die Gesetzesbestimmungen gezogen ist. Umgekehrt versuchen die Betriebsräte diese Grenzen zu erweitern. Die Schlichtung der Streitigkeiten ist noch höchst widersprechend infolge der teilweise unklaren Rechtslage. Innerhalb der Arbeiterschaft selbst ist noch keineswegs restlos die wirkliche Bedeutung der Betriebsräte erkannt. Sie werden noch vielfach als „Mädchen für alles“ im Betriebe betrachtet. Dadurch wird die Stellung des Betriebsrates, die an sich schon reichlich schwierig ist, noch komplizierter, und es ist durchaus erklärlich, wenn auch bedenklich, daß viele Betriebsräte die weitere Uebernahme des Amtes ablehnen. Es dürfte kaum nötig sein, besonders zu betonen, daß dies anders werden muß, daß die Belegschaften der Betriebe mehr Verständnis für die schwierigen, unabweisbaren Aufgaben des Betriebsrats bekommen müssen und ihn nicht zum Prügelknaben für jede gescheiterte Aktion machen dürfen.



Fabrikanten gegen Erhöhung der Produktion.

Die Bogtländische Fabrikantenschutzgemeinschaft in Plauen befindet sich auf dem Kriegspfad. Sie verteidigt ihr Heiligstes, ihren Profit. Und der Reiz muß es ihr lassen, sie tut es mit einer Zähigkeit, die wirklich einer besseren Sache würdig wäre. Sie entblödet sich dabei nicht, auch die Arbeiterschaft in ihren Dienst zu stellen und scheut dabei auch einen kleinen Druck und ein wenig Unwahrhaftigkeit nicht. Der Kampf richtet sich gegen eine entsetzliche Konkurrenz und man scheut sich nicht, zu diesem löblichen Zweck aber auch jedes Mittel zu benutzen.

In der Greizer Textilindustrie sind infolge der eingetretenen Geschäftsknotung zirka 600 Arbeitslose vorhanden. Ein erheblicher Teil arbeitet verkürzt. Die Stadt Greiz mit ihrer völlig einseitigen Industrie weiß, was das für sie zu bedeuten hat und sie sucht anderen Industrien Eingang zu verschaffen. Sie wird dabei von der thüringischen Landesregierung unterstützt. Es trifft sich, daß ein Konfektionier, einige Plauerer Fabrikanten in Verbindung mit einem Schweizer Stickerunternehmen, einen großen Stickerbetrieb errichten will, und zwar zur Herstellung eines spezifisch schweizerischen Artikels der Wäschefabrikation, der bisher im Vorkland nur in geringen Mengen hergestellt wurde, in dem aber die Schweiz bisher tonangebend war und noch ist. In diesem Artikel beherrschte die Schweiz den Weltmarkt. Infolge des Darniederliegens der Plauerer Spitzenstickerei begann man sich dort diesem Artikel zuzuwenden und die Schweizer Stickerei mit ihren hohen Arbeitslöhnen befindet sich bekanntlich schon seit langem in einer gefährlichen Krise. Man sollte nun meinen, daß es keinem vernünftigen Menschen in Deutschland einfallen würde, gegen die Verpflanzung dieser Industrie nach Deutschland irgendwelche Einwendungen zu erheben. Im Gegenteil. Die Förderung dieses Unternehmens, das nicht nur Hunderten von Textilarbeitern und -arbeiterinnen Beschäftigungsmöglichkeit gewähren würde, sondern auch, da ein großer moderner Bau geplant ist, nebst dem Bau von Wohnhäusern, die Bauindustrie befruchten würde, müßte für jeden eine Selbstverständlichkeit sein. Das ist es auch, aber nicht für die Plauerer Stickerfabrikanten, die dem Grundsatz huldigen: „Ueber alles mein Wohl!“ Und sie setzen nur alle Hebel in Bewegung, um die Errichtung des Betriebes zu hindern. Es wird berichtet, daß die Plauerer Ausstattungsanstalten bereits beschlossen hätten, die Erzeugnisse der neuen Firma nicht zu beziehen. Dem würde das neue Unternehmen mit Errichtung einer eigenen Bleicherei begegnen. Also neue Arbeitsgelegenheit. Das muß verhindert werden. Die bereits zugesagten Interimsräume zur Aufstellung der Maschinen werden von der Firma Schleber zurückgezogen. Ob ohne Druck?

Der Leiter der Erwerbslosenfürsorge in Greiz beschafft neue Räume, in denen bis zur Fertigstellung des Baues die Produktion aufgenommen werden kann. Das Unternehmen scheint gesichert und eine ganze Menge Arbeiter haben sich bereits für das neue Unternehmen gemeldet. Nun helfe, was helfen mag. Die für den Betrieb in Aussicht genommenen 35 großen Stickermaschinen mit Automaten sollten von der beteiligten Schweizer Firma als Kapitaleinschlag gegeben und zu diesem Zweck eingeführt werden. Nun erfolgt unter Führung des Direktors Köhler von der Bogtländischen Maschinenfabrik, des Syndikus Dr. Zeh von der Handelskammer Plauen und des Stickerfabrikanten Rischke eine beispiellose Heise gegen die Einfuhr dieser Maschinen. Zuerst bei der Außenhandelsstelle für den Maschinenbau. Selbstverständlich trat unser Vertreter für die Zulassung der Maschinen ein, um die Errichtung des Betriebes zu ermöglichen. Der Ausschuss der Außenhandelsstelle übermies die Sache an den Reichswirtschaftsrat, dessen zuständige Kommission sich dann mit 9 gegen 5 Stimmen für die Einfuhr der Maschinen entschied.

Nun scheint die Errichtung des Betriebes gesichert. Aber die Heise geht weiter. Die Schutzgemeinschaft erließ folgendes Rundschreiben:

Bogtl. Fabrikantenschutzgemeinschaft e. V.
Fernsprecher 3074 und 3075. Plauen, 22. 11. 1922.
Rundschreiben Nr. 369. P. P.

Eilt sehr!
Beit.: Einfuhr von gebrauchten Schweizer Stickermaschinen.
Wir bitten, untenstehenden Text auf den Kopf einer Liste zu schreiben und diese Liste von Ihren einzelnen Arbeitern und Arbeiterinnen, denen der Zweck klarzumachen ist, unterzeichnen zu lassen.

Die Angelegenheit drängt, die Listen müssen Freitag früh wieder in unserer Geschäftsstelle sein.

Hochachtungsvoll
Bogtländische Fabrikantenschutzgemeinschaft
gez. Rischke, 1. Vorsitzender. gez. Schilling, Syndikus.

Wir unterzeichneten Arbeitnehmer in den Betrieben der sächsischen Stickerindustrie erblicken in der Einfuhr gebrauchter

Es ist eine Selbsttäuschung, wenn von einer Erhöhung der Beiträge geredet wird. Die Beiträge werden nicht erhöht, sondern nur wie die Löhne der Geldentwertung angepaßt.

Stückmaschinen aus der Schweiz zur Aufstellung in Deutschland eine schwere Gefahr für unsere Existenz und die gesamte Industrie, wogegen wir schärfstens protestieren. Wir verlangen von den zuständigen Stellen die Berücksichtigung der lebenswichtigen Interessen eines deutschen Industriezweiges, der uns unser Brot gibt.

Prompt wurden die Arbeiterinnen zur Unterschrift veranlaßt; in welchem Umfange dem Folge geleistet wurde, konnten wir noch nicht feststellen. Bereits liegen eine Anzahl Beschwerden vor, daß es nicht ohne Druck und Drohungen abgegangen ist. Inauschließlichen von Entlassung war aber ein öfter angewandtes Druckmittel.

Mit diesen „Willensumgebungen“ wurde das Reichswirtschaftsministerium bombardiert.

Inzwischen fanden weitere Beratungen in Blauen statt, zu denen auch Stückmaschinenbesitzer und die — Betriebsratsobleute der Bogtländischen Maschinenfabrik, von Schubert u. Salzer in Chemnitz und der Maschinenfabrik Cappel in Cappel zugezogen wurden und sich diesem „Protest“ anschlossen. Man wollte aber nicht nur protestieren, es erklärten noch ganz andere Töne. Die gesamte Fabrikantenschaft wollte man nach Berlin zum Minister dirigieren, an der Grenze wollte man die Maschinen anhalten und im Reichstage interpellieren. Für das letztere hatte man schon den Abgeordneten Strefemann und den ehemaligen Admiral Brüninghaus gewonnen. Ein schönes Bild: Stickerfabrikanten, Maschinenbesitzer, Handelskammer, Strefemann und Brüninghaus Arm in Arm mit kommunistischen und sozialdemokratischen Betriebsobleuten gegen die Errichtung einer Stickerfabrik, durch welche Arbeitslose in Beschäftigung gebracht werden könnten. Ein sonderbarer Romanismus.

Ob diese Anstrengungen Erfolg haben werden, steht dahin. Bei den guten Beziehungen Strefemanns zum neuen Wirtschaftsminister Becker ist aber alles zu befürchten. Haben sie Erfolg, dann mögen sich die Greizer Arbeitslosen besonders auch bei diesen „Arbeitervertretern“ bedanken.

Noch eins aber darf nicht unerwähnt bleiben. In dieser Campagne hervorragend beteiligt hat sich der Vertreter der sächsischen Regierung, der im Reichswirtschaftsrat erklärte, daß er vom sächsischen Wirtschaftsministerium die strikte Anweisung habe, die Einfuhr der Maschinen zu hindern.

Da muß denn doch gefragt werden: Wer hat da das sächsische Wirtschaftsministerium beraten? War es da von allen guten Geistern verlassen? Wie kommt die sächsische Regierung dazu, der Errichtung eines Fabrikbetriebes in Thüringen Schwierigkeiten zu bereiten? Dürfen die Schreihälse von der Bogtländischen Fabrikantenschutzgemeinschaft allein Stickerfabriken zu errichten? Haben die Thüringer arbeitslosen Textilarbeiter nicht auch ein Recht auf Arbeit, auf Existenz?

Zum besseren Verständnis sei noch bemerkt, daß es sich nicht etwa um Schweizer Maschinen handelt, sondern um solche, die vor dem Krieg zum größten Verdruss der Sticker, Maschinenbesitzer und Fabrikanten erst von Blauen nach der Schweiz verkauft wurden. Gebaut worden sind sie samt und sonders in der Bogtländischen Maschinenfabrik. Sie haben in der Schweiz verhältnismäßig mitgeholfen, unsere eigene Industrie zugrunde zu richten und sollen nun durch die Rückkehr diesem Zweck entzogen werden. Die Behauptung mehrerer Fabrikanten, daß auch Schweizer Arbeiter mitgebracht würden, ist natürlich aus den Fingern geflogen, kein Mensch denkt daran.

Für die Maschinen wird auch kein Geld ausgegeben, da sie, wie bemerkt, als Kapitalanlage gelten sollen.

Ohne diese Maschinen wird der Betrieb nicht errichtet, denn die Gesellschaft denkt nicht daran, etwa neue Maschinen zu kaufen, wenn sie deren genug hat. Eine einzige dieser Maschinen kostet heute 15 Millionen Mark und niemand ist in der Lage, allein 500 Millionen Mark nur allein für die Stückmaschinen anzulegen.

Das Wichtigste aber ist, daß das Unternehmen einen gewaltigen Fortschritt überhaupt bedeuten würde, die rückständigen überlebten Produktionsformen in der bogtländischen Stickerindustrie bedürfen dringend einer Anregung zur Entwicklung zu einer modernen Betriebsform.

Und im Zeichen des Schlagwortes: „Erhöhung der Produktion“ mutet das Ganze an als ein Schuldürgerstreich aus längst vergangenen Zeiten.

Die Sache selbst hat aber noch eine ernstere Seite. Die zum Schutze unserer Wirtschaft erlassenen Einfuhrverbote haben nicht den Zweck, Monopole zu schaffen und die inländische Konkurrenz zu unterdrücken, auch nicht den Zweck, die Einfuhr von Produktionsmitteln, noch dazu ohne Gegenleistung, zu unterbinden.

Die Anwendung des Einfuhrverbotes im vorliegenden Fall ist überhaupt ungeschicklich und trägt dazu bei, die Einrichtung der Außenhandelskontrolle überhaupt zu mißkreditieren, um so mehr, wenn die unausbleibliche Folge eine Schädigung der Gesamtinteressen zugunsten einzelner ist.

NB. Der vorstehende Artikel war bereits gesetzt, als wir hörten, daß die Anstrengungen der Richter, Köppler und Jäh tatsächlich den Erfolg gehabt hatten, daß der neue Wirtschaftsminister Becker im Widerspruch zum Reichswirtschaftsrat gegen die Wiedereinfuhr der Stückmaschinen entschieden habe und damit die Errichtung des Betriebes in Greiz unmöglich geworden ist.

Wir halten dies für so unglaublich, daß wir noch daran zweifeln. Wäre es aber Tatsache, so kann damit die Sache nicht erledigt sein. Die Textilarbeiterschaft muß gegen eine solche Beeinträchtigung ihrer Existenzmöglichkeit den schärfsten Protest erheben. Ueber den Interessen einzelner steht das Wohl der Gesamtheit. Die Entscheidung würde das Gegenteil bedeuten und müßte aufgehoben werden.

Ueber die Arbeitsleistungen in der Tuchindustrie.

In der Bekämpfung des Achtstundentages werden seitens der Unternehmerpresse über den angeblichen Rückgang der produktiven Leistung die gewagtesten Behauptungen aufgestellt. Mit völlig aus der Luft gegriffenen Zahlen wird operiert, um den Nachweis für den Rückgang der produktiven Leistung zu führen. Man behauptet schlankweg, daß die Leistung um 40 Proz. und noch mehr gegenüber den Friedensleistungen zurückgegangen seien. Der Abgeordnete Gothein gehört auch zu jenen Wirtschaftspolitikern, die in der gewöhnlichsten Weise Zahlen verwenden zum Beweise für die Behauptung, daß durch den Achtstundentag die Produktion zurückgegangen sei, denen man von vornherein ansieht, daß sie erfunden sind, lediglich zu dem Zweck, um den Achtstundentag zu diskreditieren. Der Abgeordnete Gothein war vor kurzem als Sachverständiger vor dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates tätig und hat als solcher bei den Beratungen über das Arbeitszeitgesetz Ausführungen gemacht, die stark umstritten wurden. Als Gothein vor diesem Ausschuss von einigen Arbeitern über die Verhältnisse im Bergbau (Gothein ist ja Fachmann im Bergbau) in die Schere genommen wurde, zeigte es sich, daß Gothein von den Verhältnissen, die im Bergbau bestehen, auch nicht die allgeringste Ahnung hatte. Dieser Mann, der im eigenen Beruf keinen Bescheid weiß, moß sich dafür an, um so mehr über die Verhältnisse in der Textilindustrie zu reden. Er ist einer von den Musterknaben, die über das, von dem sie am wenigsten verstehen, am meisten reden.

In Nr. 98/99 des „Konfektionärs“ vom 9. Dezember veröffentlicht Gothein einen Artikel: „Das Unglück der Drosselung der Ausfuhr“, in welchem er gegenüber dem achtstündigen Arbeitstag folgende Ausführungen macht:

„Die Arbeitslöhne sind allerdings in Deutschland heute niedriger als in den meisten konkurrierenden Industriestaaten. Aber die Arbeitsleistung ist infolge von verlorenem Krieg, Hungerblockade und Revolution ganz außerordentlich zurückgegangen. Ganz besonders in den Industrien, die bei verhältnismäßig geringer körperlicher und geistiger Anstrengung in zehnstündiger Arbeitszeit arbeiteten. Zu ihnen gehörte die Textil- wie die Konfektionsindustrie. Vielleicht nirgends hat sich die schematische Durchführung des Achtstundentages in dem Nachlassen der Produktivität so nachteilig erwiesen wie in ihnen. Denn die Produktion ist nicht bloß um 20 Proz. zurückgegangen, sondern, da die Stundenleistung ebenfalls abgenommen hat, um 35 bis 40 Proz., stellenweise noch mehr. Arbeitskräfte, die früher 10 Stunden lang vier oder fünf Stühle bedienten, weigern sich heute, acht Stunden lang mehr als drei zu bedienen.“

Hier verwendet Gothein Zahlen, von deren Richtigkeit er nicht den geringsten Nachweis erbringen kann. Wir haben keine Produktionsstatistik, die einen einwandfreien Einblick in die Produktion tatsächlich gestattet. Wir können lediglich auf Grund des verarbeiteten Materials unsere Schlüsse ziehen. Der Behauptung, daß die Stundenleistung innerhalb der Textilindustrie zurückgegangen sei, müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Mag sein, daß dies in der ersten Zeit nach dem Kriege der Fall war; in einer Zeit, wo das Material gestreut wurde, wo die Betriebe nur teilweise beschäftigt waren. Aber diese Dinge sind längst überholt und die Stundenleistung der Arbeiter in der Textilindustrie ist heute wesentlich höher, als dies in der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist. Um den Behauptungen, die von kapitalistischer Seite über den Rückgang in der Produktion gemacht werden, entgegenzutreten, hat der Vorstand unseres Verbandes eine Umfrage bei seinen Mitgliedern in den Orten mit Tuchwebereien veranstaltet. Die Tuchwebereien hatten vor dem Krieg eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden. Es gilt festzustellen, inwieweit die verkürzte Arbeitszeit auf die Wochen- und auf die Stundenleistung eines Webers einwirkt. Bemerkenswert ist, daß es nicht anging, alle Tuchwebereien anzuführen. Das linke Rheinland mußte ausscheiden, weil dort die 46stündige Arbeitszeit nicht besteht. Ausgeschlossen wurden ferner die Betriebe, die während des Krieges entstanden sind. Brauchbare Antworten gingen ein aus neun Orten, die von 90 Webereien berichteten. Diese Betriebe hatten im Juli 1914 1898 Webstühle, im September 1922 betrug die Zahl 4776, davon waren 417 außer Betrieb.

	Erste Stühle			Durchschnittliche Schußleistung pro Stuhl in einer Woche					
	best.	let.	zul.	in 60 St. 1914	in 48 St. Sept. 1922	mehr oder weniger Proz.	in einer Stunde	mehr oder weniger Proz.	mehr oder weniger Proz.
Cottbus . . .	1488	87	1580	174 870	159 950	- 8,3	2910	3478	+ 19,5
Crimmitschau . . .	1148	255	1403	184 000	144 000	- 12,2	2730	3130	+ 14,6
Forst . . .	3887	196	4088	182 500	167 500	- 8,2	3040	3610	+ 19,7
Görlitz . . .	140	39	179	182 700	130 000	- 2,0	2210	2325	+ 27,8
Petersfeld . . .	808	11	814	164 800	140 000	- 15,0	2750	3050	+ 11,0
Ramenz . . .	207	19	226	159 500	157 900	- 1,0	2660	3430	+ 34,5
Leisnig . . .	77	8	80	184 550	174 500	- 5,4	3080	3790	+ 23,1
Melungen . . .	54	8	57	156 110	135 370	- 13,3	2600	2940	+ 13,1
Spremberg . . .	925	38	1068	172 530	157 260	- 8,9	2880	3420	+ 18,8
Zittau . . .	25	2	27	114 000	97 750	- 14,8	1900	2180	+ 12,1
Zusammen	8248	658	8902	—	—	—	—	—	—
Leistg. p. Stuhl	—	—	—	174 910	160 570	- 8,2	2920	3490	+ 19,5

Die Wochenleistung ist somit nur um 8,2 Proz. gesunken, während die Stundenleistung um 19,5 Proz. gestiegen ist. Erfahrt wurden in Cottbus 36, in Crimmitschau 21, in Görlitz 3, in Hersfeld 6, in Ramenz 7, in Leisnig 2 in Melungen 2, in Spremberg 14 Betriebe und in Zittau 1 Betrieb.

Außenhandelskontrolle und Unternehmerterror.

Ein Schulbeispiel von vielen, wie von Unternehmern die Einrichtung der Außenhandelskontrolle bewirkt wird, um ihren Profit zu sichern und sich jede Konkurrenz fernzuhalten, sei unseren Kollegen nicht vorenthalten.

Eine Webeligenfabrik, die erst seit ungefähr Jahresfrist besteht, brauchte und bestellte zwei zur Herstellung dieser Ligen benötigte Automaten. Von der betreffenden Maschinenfabrik wurde auch erst die Lieferung versprochen, dann aber nicht ausgeführt. Grund: Das Syndikat der Ligenfabrikanten hatte mit den in Frage kommenden Maschinenfabrikanten ein Abkommen getroffen, nach dem Maschinen nur an Mitglieder des Syndikats geliefert werden dürfen. Um diesen Mangel zu beseitigen, bemühte sich die neue Firma dauernd um Aufnahme in die Vereinigung. Vergeblich. Sie wurde nicht aufgenommen und erhielt keine Maschinen.

In dieser Zwangslage bestellte die Firma die Maschinen im Ausland und beantragte die Einfuhrgenehmigung.

Das ist aber nicht so einfach. In solchen Fällen werden die davon betroffenen „Interessenten“ gehört, und der Vertreter dieser Interessenten hatte den traurigen Mut, auch noch gegen die Einfuhr der Maschinen zu protestieren, weil die Maschinen im Inland hergestellt werden können.

Die Außenhandelsstelle hatte allerdings dafür nicht das geringste Verständnis und gab die Genehmigung.

In wieviel Fällen aber mögen solche Terrorakte den gewünschten Erfolg haben?

Das Ganze aber heißt dann: Hebung der Produktion!

So sehen sie aus!

Welch Geistes Kinder die syndikalistisch-kommunistisch eingestellten Arbeiter und Betriebsräte sind, dafür nur folgendes Beispiel: Die Firma Christoph Andre in Siedelitz, Samtweberei, bei welcher die Gesamtarbeiterschaft ebenfalls mitstreift, hat an die Arbeiterchaft den Antrag gestellt, täglich eine Stunde länger zu arbeiten, bis die durch den Streik verlorengegangenen Arbeitsstunden wieder nachgeholt worden sind. Dieser Antrag ist in der Betriebsversammlung bei öffentlicher Abstimmung abgelehnt worden. Daraufhin hat die Firma bei dem Portier Listen aufgelegt, in die sich diejenigen Arbeiter einzuschreiben sollten, die länger arbeiten wollten, ohne daß irgendwelcher Druck seitens der Firma ausgeübt wurde. Obwohl in der Betriebsversammlung das Ansinnen der Ueberstundenarbeitszeit abgelehnt wurde, hat sich der gesamte Aktionsausschuss, der sich während des Streiks bildete und den Streik zum Generalstreik treiben wollte, sofort in die Listen eingeschrieben. Außerdem hat derselbe bei der Arbeiterschaft Propaganda für das Einzeichnen in die Listen, also für die 9 1/2 stündige Arbeits-

zeit, gemacht. Vom 6. Dezember an arbeitet die gesamte Belegschaft täglich 9 1/2 Stunden, und zwar zunächst bis zum 30. Dezember d. J.

So sehen die aus, die nicht genug über den Verrat der Gewerkschaften schimpfen können. Interessant ist es, daß die „Rote Fahne“, die doch sonst über derartige Dinge gut unterrichtet ist, bis heute über den Vorgang ihren Lesern noch nichts mitgeteilt hat.

Die Jugendbewegung.

Die Anregung zur Gründung von Jugendabteilungen hat in den Reihen unserer Verbandsmitglieder, wie vielfache Zuschriften beweisen, lebhaften Beifall gefunden. Eine Reihe von Ortsverwaltungen haben bereits vorbereitende Schritte unternommen, um in der nächsten Zeit die Jugendabteilungen ins Leben zu rufen. „Endlich kommen nun auch die Gewerkschaften zur Einsicht, daß sie die Jugend an sich reißen müssen. . . . Trotz der Schwierigkeiten, die sich hier uns entgegenstellen, wollen wir mit erneuter Kraft an die Arbeit gehen; denn: Wer wagt, gewinnt. Hoffen wir, daß sich genügend idealgeleitete Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stellen, die gewillt sind, ihre ganze Energie in den Dienst der Sache zu stellen.“ So schreibt uns ein arbeitsfreudiger Kollege. Wir hoffen mit ihm, daß es nirgends an „idealgeleiteten Kolleginnen und Kollegen“ fehlen möge; wenn diese Hoffnung nicht trügt, dann wird es nicht allzulange dauern, bis allerorts lebendige und blühende Jugendgruppen entstehen und eine reiche, fruchtbare Tätigkeit entfalten werden. N.

Aus der Textilindustrie.

Wiederaufnahme des Betriebes im nordfranzösischen Textilbezirk. Die Manufaktur de Treves et de Tiffus in Saint-Quentin hat ihren Betrieb, der seit dem Kriege unterbrochen war, wieder aufgenommen. Die Fabrik hat eine gemeinsame Verwaltung mit den gleichartigen Betrieben in Ribemont und Bohain, die bereits seit 1919/1920 wieder arbeiten.

Der Beschäftigung in der nordfranzösischen Textilindustrie wird als äußerst günstig bezeichnet, der Beschäftigungsgrad ist augenblicklich der höchste seit der Wiederaufnahme der Betriebe. — In der Wollfabrikation sind die Vorräte, die infolge des Streiks im letzten Winter nicht sehr reichlich waren, erschöpft. Die Beschäftigung in den Spinnereien und Webereien ist infolgedessen zurzeit sehr lebhaft. Die Garnspinnereien haben gut zu tun, zwischen 50 und 70 Proz. der Vorkriegsspindelzahl ist wieder im Betrieb.

Aus der schweizerischen Leinenindustrie. Der Verband Schweizerischer Leinenindustrieller äußerte sich laut „N. Z. J.“ wie folgt über die gegenwärtige Lage: Auf dem Garnmarkt macht sich eine beständig steigende Tendenz geltend. Vom Mai bis Oktober sind die Baumwollgarne um mindestens 20 Proz. gestiegen. Die Leinen- und Hanfgarne stiegen ebenfalls anhaltend. Da ein Abbau der Garnpreise für die nächste Zeit nicht erwartet werden darf, wird auch mit einem Preisaufschlag auf die Gewebe gerechnet werden müssen. Die Webereien haben trotz der ununterbrochenen Garnsteigerung bis heute an ihren Preisen festgehalten; es wird ihnen aber angelehnt, die Lage auf dem Garnmarkt wohl nicht mehr möglich sein, die bisherigen Preise noch lange zu halten, und es muß deshalb in nächster Zeit mit einem Preisaufschlag auf die Gewebe gerechnet werden.

Das amerikanische Qualitätsjudgefes. Seit Jahren ist in Amerika eine Bewegung im Gange, um das sogenannte „Truth in Fabric“-Gesetz, d. h. das die Echtheit des verwendeten Materials verbürgt, einzuführen. Die Propaganda für diese Bestrebungen nimmt immer größere Dimensionen an, zurzeit sucht man die Unterstützung britischer und anderer europäischer Fabrikanten zu gewinnen. Man beabsichtigt eine ganz strenge Trennung von Fabrikaten aus reiner Wolle und solchen aus Shoddy, die Ware muß je nach dem Material deutlich kennbar bezeichnet werden. Amerikanische Fabrikantentreife, insbesondere die Fabrikanten wollener Unterwäsche, stehen dieser Bewegung sehr feindselig gegenüber. Sie sind der Ansicht, daß das Gesetz keineswegs das Publikum schützen würde, da die Erfahrung gelehrt hat, daß das beste wollene Unterzeug einen Teil Shoddy oder ähnliche Ersatzstoffe enthält; außerdem würden alle Fabrikate, die zum Teil aus Shoddy-Garn fabriziert sind, disqualifiziert. Die bei Einführung des Gesetzes Profitierenden wären höchstens die Wollzüchter, für die Verbraucher wäre die durch das Gesetz sich ergebende Preissteigerung höchst unerwünscht.

Revolution in der New Yorker Pelzkonfektion. Henry Ford, der bekannte amerikanische Automobilfabrikant, von dem man sich so manches originelle Stückchen erzählt, hat einen wahren Sturm im New Yorker Pelzhandel hervorgerufen. Er forderte bei verschiedenen Firmen einen Anschlag auf eine Bestellung von 250 Biberette-Mänteln. Es schien erst unerklärlich, was der Automobilkönig mit diesen Mänteln beabsichtigte, man munkelte sogar, daß ihn sein nie verlassener Unternehmungsgeist eine Modelfirma errichten ließe. Der Zweck hat sich inzwischen als ein recht netter herausgestellt: Die Frauen seiner Hauptmitarbeiter sollen als fürstliches Weihnachtsgeschenk je einen Biberette-Mantel erhalten! — Mit der Ausführung der recht beachtlichen Bestellung ist inzwischen eine Pelzfirma der Fünften Avenue beauftragt.

Großer Bandverbrauch bei den englischen Wägen. Das englische Wahljahr ist vorüber. Während der Wahltag gab es auch dieses Mal in England kaum ein Wesen, das ohne äußerlich sichtbares Abzeichen einer Partei einherging. Vom Familienhaupte herab bis zum Baby im Kinderwagen, ja sogar der Hund, alle trugen Kokarden oder Bandschleifen, vom kleinen bescheidenen Abzeichen im Knopfloch bis zur sonnenblumengroßen Kokarde. Ein großer Bandverbrauch war die Folge, man schätzte den Verbrauch an Band während der englischen Wahlen auf eine Million Yards.

Das rumänische Textilgeschäft. In der Textilindustrie Siebenbürgens ist laut „Di. Tagespost“ eine Stodung eingetreten. Obwohl die Zeit bereits gegen fortgeschritten ist, konnte mit den Versendungen für die bevorstehende Winterszeit nicht begonnen werden. Die Ursache dieser Erscheinung ist den Schwankungen der Waluta zuzuschreiben, welche die Kaufleute in der Bewältigung plötzlicher Kursstürze und dadurch bedingter großer Schädigungen zwingt, sich aller Käufe im Auslande zu enthalten.

Die Uferbeidischer Seidenindustrie. Die Seidenindustrie in Uferbeidisch macht gegenwärtig eine außergewöhnlich schwere Krise durch. Von den Seidenzünmereien und Spinnereien sind nur insgesamt 11 im Betriebe, und es werden nur 5 Proz. der früheren Seidenproduktion erzeugt.

Soziale Rundschau.

Die Lebenshaltung in Ländern mit stark entwertetem Geld

Auf der vierten Internationalen Arbeitskonferenz wurde die Frage aufgeworfen, ob eine entwertete Waluta auch eine niedrige Lebenshaltung im Gefolge hat. Mit 59 Stimmen (ohne Gegenstimmen) nahm die Konferenz eine Entschließung an, welche das Internationale Arbeitsamt mit der Vornahme einer Erhebung beauftragt, die Licht auf diese wichtige Frage werfen soll.

Die Entschließung lautet: „In Anbetracht der starken Beunruhigung der Arbeiterschaft infolge des jüngsten Sinkens der Lebenshaltung in gewissen Ländern;

in Anbetracht der Tatsache, daß dieses Sinken mit der andauernden Geldentwertung in manchen Ländern, wie z. B. in Deutschland, fortschreitet;

in Anbetracht der weiteren Tatsache, daß in diesen Ländern der Niedergang der Lebenshaltung die Bevölkerung, also auch die Arbeiter, in schreckliche Not bringen und selbst die kommende Generation gefährden kann;

in Anbetracht dessen, daß dieser Zustand eine große Zahl von Arbeitern betrifft und daß er sich auf andere Länder ausbreiten kann;

in Anbetracht, daß in Teil 13 des Vertrags von Versailles von der „Gewährleistung angemessener Löhne“ die Rede ist.

beschließt die Konferenz, das Internationale Arbeitsamt mit der Vornahme einer Erhebung zu beauftragen betreffend die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Deutschland und anderen Ländern mit stark entwertetem Gelde und das Verhältnis dieser Lebenshaltung zu jener der Vorkriegszeit, um so auf die Lage Licht zu werfen und die in jenen Ländern bereits durchgeführten oder geplanten Maßnahmen zur Gewährleistung angemessener Löhne festzustellen.

Diese Frage wurde von dem schwedischen Arbeiterdelegierten zur Konferenz in Fluß gebracht, und zwar in Gemäßheit mit einer Entscheidung des letzten schwedischen Gewerkschaftskongresses, welche dahin ging, das Internationale Arbeitsamt zu einer Erhebung dieser Art zu veranlassen und ihre Ergebnisse zu veröffentlichen. Herr Thorberg begründete auf der Konferenz die Wichtigkeit der Angelegenheit vom Standpunkt der Arbeiter seines Landes und wies auf die Gefahr hin, die aus den Verhältnissen und der niedrigen Lebenshaltung mancher Länder auch für andere Länder erwachsen können. Doch betonte er, daß er nicht wünsche, es sollen Maßnahmen zur Erzwingung einer Lebenshaltung ergriffen werden, welche den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen der fraglichen Länder entsprechen.

Not.

Al' euer girrend Herzleid tut lange nicht so weh, wie Winterkälte im dünnen Kleid, die blassen Füße im Schnee.

Al' eure romantische Seelennot schafft nicht so herbe Pein, wie ohne Dach und ohne Brot sich betten auf einen Stein. Ada Christen.

Berichte aus Fachreisen.

Brandenburg a. d. H. Sonntag, den 10. Dezember, erhielt unsere Organisationsleitung durch eingeschriebenen Brief die folgende Mitteilung vom Fabrikantenverein, unterzeichnet von dem Syndikus Spehlt:

„Der Fabrikantenverein kündigt hiermit das für die ihm angehörigen Firmen der Textilindustrie mit dem Textilarbeiterverband vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß am 11. April geschlossene Abkommen über die gleitende Lohnskala. Diese tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1922 außer Kraft. Von der Kündigung betroffenen werden naturgemäß damit auch die in der Verhandlung vom 19. August genannte Textilarbeiterinnenzulage sowie die Vereinbarung vom 29. August bzw. 1. September 1922, die besonderen Stundenzulagen betreffend.“

So, das wäre also die Weihnachtsbescherung für die Arbeiterschaft. Am 11. April wurde uns die gleitende Lohnskala aufgewungen, dazu kam noch die Sozialzulage, die als ungerecht bald wieder beseitigt und an deren Stelle besondere Lohnhöhlungen durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Textilindustrie in Kraft traten. Dem Fabrikantenverein, der hauptsächlich von Arbeitgebern der Metallindustrie beherrscht wird, gehören folgende Firmen an: Sute-Feinspinnerei, Rammgarnspinnerei von Kummerle, Posamentenfabrik Richter und Rohrlapper und die Flachsfabrik Otto Schmidt, bei denen zusammen 1480 Textilarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Nun werden doch auch den gleichgültigsten Textilarbeitern die Augen aufgehen und sie werden nun hoffentlich wieder mehr zur Gewerkschaft stehen, als es der Fall war. So sorgen die Arbeitgeber für Aufmunterung der Arbeiter, und es ist nun an ihnen, mit Hilfe der Gewerkschaft neue, ihnen günstige Lohnvereinbarungen abzuschließen.

Brandenburg a. d. H. Eine gutbesuchte Versammlung für jugendliche Textilarbeiter und -arbeiterinnen fand hier statt. Es wurde mitgeteilt, daß die Zusammenfassung der jugendlichen Arbeiterschaft im engeren Rahmen der Gewerkschaft den Zweck habe, sie im Wirtschaftskampf besonders heranzubilden, um tüchtige Gewerkschaftskollegen und Vorkämpfer zum Sozialismus zu erziehen. Wengleich ein Teil dieser jungen Garde auch wenig Verständnis, Ruhe und Ausdauer zu dieser Versammlung mitgebracht hatte, so hörte doch die Mehrzahl dem Vortrag des Genossen Johnson jun. recht andächtig zu. Es wurde in der Besprechung zum Ausdruck gebracht, daß hier keine einseitige Parteipolitik getrieben werden soll, sondern eine allgemeine Arbeiterpolitik, wie sie im wirtschaftlichen Kampf notwendig ist. Einstimmig wurde beschlossen, eine Sektion der Textilarbeiterjugend zu gründen, welche sich mit der Jugend der anderen Gewerkschaften zu einem Jugendratel zusammenschließen will. Zur Sektionsleitung wurden zwei Jugendgenossen und eine Genossin gewählt, welche mit dem Vorstand des Verbandes das weitere veranlassen werden. Der Versammlungsleiter, Kollege Drescher, machte der Jugend zur allerersten Pflicht, die bürgerlichen Vereine zu meiden, ebenso die bürgerliche Presse. Gerade die Bewegung gegen den Achttundentag verpflichte die Jugend, mit aller Kraft die Arbeiterbewegung zu unterstützen. Die Stellungnahme des „Brandenburger Anzeigers“ gegen die Arbeiterschaft müßte dazu führen, daß das Blatt in keiner Proletarierwohnung mehr zu finden wäre. Die nötige Bildung könne die Arbeiterjugend erhalten, wenn mit Ausdauer und Klammähigkeit in der Agitation und Organisation gearbeitet würde. Aus der Zustimmung der Versammlung war zu schließen, daß man mit dem Vortrag und der Debatte einverstanden war.

Ebingen. Als eine Gemeinde mit außerordentlichem Gewerbesleiß zeigt sich jedem Besucher der nahegelegene, über 6000 Einwohner zählende Ort Tailfingen, von denen annähernd 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Trikotindustrie beschäftigt sind. Die Konjunktur scheint dem Emporkommen der Industrie äußerst günstig gewesen zu sein. Denn neue Betriebe schossen wie Pilze aus der Erde und behaupten sich neben den älteren Betrieben, die zum Teil auch Erweiterungen erfahren haben. Jeder oberflächliche Beobachter wird daraus schließen, daß an dem Emporkommen dieser Industrie auch die Arbeiterschaft teil hat, d. h. daß der Wohlstand der Unternehmer sich gleichermaßen der Arbeiterschaft mitteilt und damit die Klassen-gegenstände ziemlich ausgeglichen sind. Wenn man Gelegenheit hat, den persönlichen Verkehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu beobachten, wie alles in Gesang- und Sportvereinen friedlich beisammen, das trauliche Du und die Anrede mit dem Vornamen allgemein üblich ist, an frühere patriarchalische Verhältnisse erinnernd, könnte man in diesem Glauben bestärkt werden. Anders zeigt sich jedoch das Bild, wenn man den Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf den Grund geht und Vergleiche mit anderen Orten anstellt. Daß trotz der tariflich vereinbarten 46-Stunden-Woche in allen Betrieben länger gearbeitet wird, scheint das gute Einvernehmen nicht sonderlich zu stören. Die Entlohnung der Arbeiter läßt alles zu wün-

schen übrig. Nur in wenigen Fällen werden von Akkordarbeitern die tariflich festgelegten Stundenlöhne erreicht. Bei den Arbeiterinnen sind die Lohnverhältnisse noch viel trostloser. Viele suchen den Minderverdienst durch uneingeschränkte Verlängerung der Arbeitszeit einzuholen, dabei während, ihre wirtschaftliche Lage verbessern zu können. Neben der verlängerten Arbeitszeit im Betrieb wird noch Arbeit im Hause für den kommenden Tag vorbereitet. Daher kommt es auch, daß sich die Arbeitgeber immer noch rühmen können, Arbeiterinnen zu haben, die den Tariflohn verdienen, während die anderen als faul und minderleistungsfähig bezeichnet werden. Es wird nur verschwiegen, welche Arbeitszeit eigentlich erforderlich war, um den Gesamtlohn zu erreichen. Die Textilarbeiter in Tailfingen fühlen sich in ihrer Position so sicher, daß sie glauben, des Schutzes der Arbeitgeberorganisation entraten zu können. Sie haben sämtlich ihren Austritt aus dem Verband Süddeutscher Textilarbeiter auf Jahreschluß erklärt, aber nicht deshalb, weil die Klassen-gegenstände beseitigt sind, sondern um sich von den tariflichen Verpflichtungen frei zu machen und die Löhne nach Gutdünken selbst zu regeln, wobei sie auf die Mitwirkung der Arbeiter und deren Organisation wie bis jetzt verzichtet zu können glauben. Der Traum der Unternehmer soll in Erfüllung gehen, sich der „produktionshemmenden Faktoren“ zu entledigen, um die Ausbeutung ins Unermeßliche steigern zu können. Gegen ein solches Unternehmertum hilft nicht die Faust im Sack, noch ein abwartendes Verhalten, um sich das Wohlwollen des Arbeitgebers zu erhalten, damit er nicht noch rücksichtsloser die Hungerpeitsche schwingt, sondern nur gemeinsames Handeln durch Zusammenschluß in der Organisation und Geltendmachung der wenigen Rechte, die den Arbeitern in arbeitsrechtlicher Beziehung noch verblieben sind. Jeder freiwillige Verzicht auf Rechte ermutigt die Arbeitgeber zu immer weiteren Forderungen; jeder, der sich außerhalb der Organisation stellt, schädigt sich selbst. Darum, Kollegen und Kolleginnen: hinein in die Organisation! Dann werden diese unwürdigen Zustände bald beseitigt werden können.

Elmsborn. Zwei Verbandsjubilare. Auf eine 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft können zurückblicken die beiden Verbandsjubilare August und Berta Schönwälder. Immer bestrebt, das Beste für die Organisation zu tun, haben beide Jubilare treu und brav bis zum heutigen Tage in den vordersten Reihen gestanden. Möchten beide noch recht lange zum Wohle der Arbeiterschaft wirken können.

Obersdorf (bair. Algäu). Am 4. Dezember fand hier unsere diesjährige Generalversammlung statt. Sie war gut besucht und hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Verbandssekretär Kilian sprach über die wirtschaftliche Lage. Er schilderte die Not des Volkes und die Teuerung. Vorsitzender Brand gab den Jahresbericht, der alsbald erledigt war. Dann gab es noch Wahlen.

Spremburg. Auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Deutschen Textilarbeiterverband kann unsere Kollegin Klara Vogel zurückblicken. Schon als Einundzwanzigjährige hatte sie den Wahlspruch: „Vereint geht man zu, vereint alles!“ in seiner Bedeutung erkannt; 1897 schloß sie sich in Grimmitzschau (der Hochburg der Arbeiterbewegung) dem Verband an. Nach dem großen Streik bzw. der Aussperrung im Jahre 1903 mußte sie als Gemahregelte den Ort verlassen. Sie verzog nach Spremburg und hat auch hier im Sinne des Verbandes weiter gewirkt. — Kollegin Vogel ist die erste Jubilare in der Filiale Spremburg (vor ihr haben schon acht Kolleginnen die 25jährige Zugehörigkeit zum Verband begangen). Die Ortsverwaltung dankt ihr für ihre Treue und Anhänglichkeit und wünscht Nachahmung von allen jungen Kolleginnen, zum Wohl der gesamten Arbeiterschaft.

An die Beitragsparer!

Wenn die Feinde euch bedrängen, Laßt nicht die Köpfe hängen; Sammelt euch zu starker Wehr! Laßt auch nicht die Kasse leer! Wissen kann nicht die Soldaten, Wer im Feld mit seinen Saaten Sich dem Feind entgegenstellt — Doch zum Kampf gehört auch Geld. Nicht allein tut's Menschenmasse — Eine vollgefüllte Kasse Ist fürwahr nicht minder wichtig. Darum werdet — beitragsstüchtig! B.

Literatur.

„Der Arbeiter-Kalender für das Jahr 1923“ ist nunmehr erschienen. In gutem Einbande ist er auch diesmal wieder das praktisch bewährte Taschen-Jahrbuch.

Die für den Kalender angelegte Grundzahl beträgt 1 Mk., die mit der jeweils vom Buchhändler-Börjenseverein in Geltung gesetzten Schlußzahl, zurzeit 300, multipliziert den Ladenpreis ergibt.

Im Verlage von Lothar Joachim in Leipzig sind zwei recht empfehlenswerte Büchlein von Max Dortu erschienen: „Männer vom Bau“ und „Großstadt“. Sie fallen in das Gebiet der sozialen Literatur und werden sicher den Beifall weiser Arbeiterfreize finden.

Briefkasten.

Anonymus in Ober-Langenbielau. Mit Aufnahme Ihrer Entgegnung würden wir die Verbandsinteressen verletzen, und das werden Sie ja selber nicht wünschen, wenn Sie bei uns Mitglied sind.

Der Posttarif ab 15. Dezember 1922.

Vom 15. Dezember ab gelten im Post-, Postschek- und Telegraphenverkehr die folgenden neuen Gebühren:

Table with 2 columns: Category (Postcards, Letters, Envelopes) and Price (Mk.). Includes rates for local and long distance transport.

Geschäftspapiere und Mischsendungen:

Table with 2 columns: Weight (Gramm/Kilogramm) and Price (Mk.).

Warenproben:

Table with 2 columns: Weight (Gramm) and Price (Mk.).

Päckchen bis 1 Kilogramm:

Table with 3 columns: Weight, Nahzone, Fernzone and Price (Mk.).

Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 3000 Mk. 20 Mk.

Postanweisungen:

Table with 2 columns: Amount (Mk.) and Price (Mk.).

Rohrpostkarte:

Table with 2 columns: Amount (Mk.) and Price (Mk.).

Rohrpostbrief:

Table with 2 columns: Amount (Mk.) and Price (Mk.).

Zahlkarten, bar eingezahlt:

Table with 2 columns: Amount (Mk.) and Price (Mk.).

Table with 2 columns: Service (Ferntelegramme, Ortstelegramme) and Price (Mk.).

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 24. Dezember, ist der 51. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Sächtag ist Sonnabend, der 30. Dezember. An diesem Tage ist die gelbe Karte

auf beiden Seiten gewissenhaft auszufüllen, mit 15 Mk. zu frankieren (nicht als Drucksache!) und sofort an die Zentrale einzusenden. Fehlende Karten liefern auf Verlangen die Zentrale. Den Kartenvorrat für das Jahr 1923 werden wir den Ortsverwaltungen in den nächsten Wochen zusenden. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gen Augsburg, Augsburg. V: W. Janu, Mittleres Kreuz F 280 pt. K: R. Garron, Geschäftsführer, Mittleres Kreuz F 280 pt. Briefe an den Geschäftsführer Paul Häbler, Mittleres Kreuz F 280.

Gen Gera, Stadtlm (Schwarzb.-Rudolst.). (Neu.) V: Frau Martha Weismeyer, Rosenstraße 1. K: Frä. Elise Cramer, Markt 17.

Gen Dresden, Berdau. Das Bureau befindet sich jetzt in Berdau-Leubnitz, Volkshaus.

Gen Diegnitz, Friedeberg a. Queis. K: P. Sommer, Röhrsdorf (grfl.) b. Friedeberg a. Queis, Spinnerei (Portier).

Gen Berlin, Dahme ist eingegangen. Finsterwalde. V: Kurt Böttcher, Rehesdorf bei Finsterwalde, Feldstr. 30.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Rohrwein. Mittwoch, 20. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Deutschen Haus, Kreuzstr. 8. Berlin. Dekateure. Jeden Freitag nach dem 1. und 15., nachm. von 4 bis 5 Uhr, Stallschreiberstraße 39, Restaurant Schulz; Zahlung.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

Buch für Agnes Wittig. Wird es irgendwo — auch in Ortsverwaltungen — entdeckt, wolle man es uns einbringen. Hauptvorstand.

Frankenberg i. S. Die Stelle eines Hilfsarbeiters für den Innendienst ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Pius Trostler. Baugen. Rari Hentschel. Anna Bilk. Berlin. Helene Bauer. Bocholt. Gustav Becker. Breslau. Agathe Gormasch. Ebingen. Alfons Rebstock; Wilhelm Keller. Geyer i. Erzgeb. Max Günther, Hermannsdorf. Kleinolbersdorf. Theodor Schaar; Schmidt. Meßersdorf-Wiegandsthal. Paul Schröter, Grensendorf. Naiba. Philipp Friedrich; Barbara Franz. Pöbneck. Therese Graul. Reichenbach i. V. Anna Hebrich; Franz Körner. Züllichau. Albert Wolter. Ehre ihrem Andenken!

Neue Beitragsmarken.

Von jetzt ab gelangen außer den jetzt geltenden Beitragsmarken auch solche zu 220, 240, 260, 280 und 300 Mk. zum Verkauf.

Die Ortsverwaltungen sind gebeten, nicht zu große Quantitäten Beitragsmarken zu bestellen. Bei den kurzfristigen Tarifabschlüssen ist dies nicht zu empfehlen. Durch diese Rücksendung von Beitragsmarken, die an den verschiedenen Orten nicht mehr gebraucht werden, sammeln in der Zentrale sich große Materialbestände an. Dies muß möglichst vermieden werden. Der Vorstand.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 22. Dezember

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Borswärtis-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!